Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: monatlich ℳ 2,60, vierteljährlich ℳ 7,80 frei ins Haus. Einzelnummer 10 ₰. Kreuzbandsendungen monatl. ℳ 4. Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersson, Hamburg. Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß. Buchhandlung Erdgeschoß. Buchdruckerei-Kontor: 1. Stock, Fehlandstraße 11.

Hamburger Echo

Anzeigen die neungespaltene Petitzeile oder deren Raum 90 ₰. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 75 ₰ zuzüglich 20% Tz. Teuerungszuschlag. Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11, Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 5 Uhr), sowie in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen werden auch gegen Entgelt nicht aufgenommen.

Nr. 139. Dienstag, den 25. März 1919. – Morgen-Ausgabe. 33. Jahrgang.

Deutschlands zukünftiger Militarismus.

Das kürzlich von der deutschen Nationalversammlung verabschiedete Reichswehrgesetz war ein Provisorium. Weil es als solches gedacht war, beschränkte man sich auf eine Freiwilligentruppe. Seitdem ist die Werbearbeit im ganzen ziemlich erfolgreich gewesen, und es entstehen leidlich intakte Truppenformationen. Der Hinweis auf den provisorischen Charakter der jetzigen Reichswehr bedarf aber im Hinblick auf den bevorstehenden Friedensschluß einer ernsthaften kritischen Betrachtung. Was wir jetzt als provisorisch aufstellen, ist aller Voraussicht nach gar kein Provisorium, sondern Arbeit für den Militarismus, der Deutschland in Zukunft von der Entente zugedacht ist. Zu den Meldungen, die aus dem Wust der Nachrichten über die Friedensbedingungen von besonderer Bedeutung sind, gehören vor allem die über die spätere Gestaltung des deutschen Heeres. Die uns gestattete Ziffer spielt dabei nicht einmal die Hauptrolle. Ob es 250 000 oder 150 000 Mann sein werden, ist nicht so wichtig wie der andere Umstand, daß dieses „Heer“ ein Söldnerheer sein muß. Die Mannschaften müssen, genau wie zu den Zeiten der Despoten des 18. Jahrhunderts, mehr denn ein Jahrzehnt bei den Fahnen bleiben, werden also in aller Form Berufssoldaten. Auch England hatte vor dem Kriege ein solches Söldnerheer, und man scheint gerade mit dem Hinweis auf Britannien unserem Volke diesen deutschen Zukunftsmilitarismus schmackhafter machen zu wollen. Aber demgegenüber muß gleich von vornherein betont werden, daß ein solcher Vergleich absolut deplaciert ist. Das Söldnerheer des neuen Deutschlands und das Englands von vor dem Kriege wuchsen und wurzelten in grundverschiedenen staatsbürgerlichen Verhältnissen und hatten grundverschiedene Aufgaben. Englands Söldnerheer war eine Truppe, die, mit den wenigen Ausnahmen in Irland, fast ausschließlich berufen war, das britische Kolonialreich zusammenzuhalten. Als Macht- und Ordnungsinstrument im Innern wurde es kaum betrachtet, denn der englische Staat war schon sehr lange kein Obrigkeitsstaat im preußisch-deutschen Sinne mehr, sondern hatte das Prinzip der bürgerlichen Selbstverwaltung so sicher in allen seinen Schichten kultiviert, daß sich dadurch, und nicht durch die Söldner, die Staatsmaschine schützte.

Ganz anders aber wird die Position des deutschen Söldnerheeres der Zukunft sein. Es wird geschaffen nach dem Diktat der siegreichen Feinde und wird in dem ersten Lande der allgemeinen Wehrpflicht sofort als Fremdkörper geschaffen. Das bedeutet gerade im gegenwärtigen flüssigen und gärenden Zustand unserer Staatswerdung eine doppelte und dreifache Gefahr. Das Heer der allgemeinen Volksbewaffnung, die Volksmiliz, wird der jetzt die politische Macht in Händen haltenden Sozialdemokratie direkt verboten. Mag die herrschende Sozialdemokratie sich bis zum Friedensschluß recht und schlecht mit den Freiwilligen behelfen, nach dem Friedensschluß ist das ganz undenkbar. Die freiwilligen Truppenformationen von heute sind zwar zur Sicherung des sozialistisch-demokratischen Regimes verpflichtet. Daß diese Formationen aber in ihrer inneren geistigen Verfassung durchweg als sozialistische Truppen anzusprechen sind, muß in aller Ruhe bezweifelt werden. Und für ihre sozialistische Durchdringung, ihre republikanisch-demokratische Festigung kann in der gegenwärtigen Situation leider auch sehr wenig getan werden. Diese Erziehungsarbeit wird sogar direkt verhindert durch den Bruderkampf der Sozialisten. Die indifferenten Bestände dieser Truppe werden durch die Häßlichkeit und Verworrenheit dieses Bruderkampfes direkt und indirekt geradezu behindert, sich sozialistisch zu orientieren.

Dies und der Zwang der Entente macht ein solches Söldnerheer zu einer Gefahr für unsere innere Entwicklung. Wie liegen denn die Dinge bei uns? Die politische Macht, die die Sozialdemokratie jetzt in Händen hält, liegt noch keineswegs völlig fest darin. Wir wissen, wieviel Versuche täglich gemacht werden, sie uns aus den Händen zu schlagen. Damit wird aber gleichzeitig auch der Versuch gemacht, der Sozialdemokratie das militärische Instrument aus der Hand zu schlagen. Spartakus und die geistesverwandten U. S. P.-Leute schlagen von links und die mehr im stillen arbeitenden Extremen des alten Systems zerren von rechts daran. Die Berliner Blutwoche hat bewiesen, wie leicht manche Formationen zu Spartakus hinübergerissen werden können. Aber es tauchen auch dafür täglich neue Beweise auf, daß auch das alte aktive Offizierkorps an der sozialistischen und republikanischen Entwertung dieses Instruments arbeitet. Der viel kritisierte Kommandoerlaß gibt zwar den Soldatenräten nicht die Kommandogewalt und leider auch nicht die Wählbarkeit der Führer, wie es das Ideal des Milizheeres nach unseren Begriffen wünscht, aber er gibt den Soldaten doch das gewichtige Recht, die Regierung aufzufordern, politisch der Reaktion dienende Führer abzusetzen. Ein solches Recht hat natürlich nur Wert, wenn es von Soldaten gehandhabt wird, die selbst über politische Reifegrade verfügen. Ist das nicht der Fall, wird es nur ein papierenes Recht bleiben und weder den Soldaten noch der Regierung etwas nützen. Heute mehren sich in der Tat die Zeichen, daß das Element der aktiven Offiziere — nicht alle lassen ihre Hoffnung auf Deutschland fahren und lassen sich vom Ausland anwerben — ganz planmäßig versucht, das so bitter nötige Ordnungsinstrument der sozialistisch-demokratischen Regierung von der politischen Tendenz eben dieser Regierung abzutreiben. Nur ein Beispiel aus der allerjüngsten Zeit. General von Boekmann, Kommandierender im Gardekorps, hat dieser Tage vor dem Korpssoldatenrat eine Rede gehalten, die von der angedeuteten Planmäßigkeit eine recht nachdenkliche Probe gibt. Der General, der also einer sozialistisch-demokratischen Regierung dient, maßte sich das Recht an, folgende antidemokratische und antipolitische Rede zu halten:

„Sie haben sich allen Anordnungen, zu welchem der Chef des Stabes noch die nötigen Anweisungen geben wird, anzupassen. Ich kann es nicht dulden, daß von seiten des Korpssoldatenrates bei den Truppen eine Kontrolle ausgeübt wird. In den Kasernen haben Sie nichts zu suchen.

Die Politik wird aus dem Heere verschwinden, darauf können Sie sich verlassen.

Wenn Sie mit mir verkehren wollen, melden Sie sich beim Chef des Stabes, und wenn ich es für notwendig erachte, werde ich Sie hören.

Militärisch bin ich Ihr Vorgesetzter und verlange von Ihnen, daß Sie nur militärisch mit mir verkehren. Sollten einige unter Ihnen sein, die dies auf Grund der mangelhaften Ausbildung nicht können, so haben sie sich dies recht bald anzueignen.“

Das sind Zeichen, die wir unter keinen Umständen leicht nehmen dürfen. Mit dieser Entpolitisierung der Truppen treiben wir wieder dem Zustand entgegen, der die Armee nur zum blind gehorchenden Instrument in der Hand der Führer macht. Bei einem Söldnerheer, das nie aus dem Volksganzen kommt, an dem das Volk nie verpflichtet ist, das deshalb auch nicht aus den politischen und sozialen Gefühlen des Volkes gespeist wird, ist die Gefahr eines solchen Mißbrauchs noch unendlich viel größer.

Nur eine Volkswehr, an der jeder Volksgenosse im Waffendienst verpflichtet ist, sichert den Volksstaat, den die Volksmehrheit will. Volk, Staat und Wehr sind eins in ihren Zwecken und Zielen, und eines ist nicht gegen das andere zu gebrauchen. Nur in einer solcher Heeresorganisation liegt der einzige Schutz gegen den Mißbrauch, den ehrgeizige Führer wagen können.

Nach dem Diktat der Entente, in Deutschland die Wehrpflicht zu verbieten und ein Söldnerheer aufzustellen, haben wir diese Gewähr nicht mehr. Im Gegenteil: das deutsche Volk wird direkt in die Gefahren reaktionärer Gegenexperimente hineingestoßen, wenn sein Heer kein Volksheer mehr sein soll, wenn die Politisierung der Soldaten aufgehoben und die der Kommandanten im verstärkten Maße anerkannt wird. Daß diese Kommandeure heute noch der sozialistisch-demokratischen Regierung verpflichtet sind, beweist gar nichts dafür, daß dieses Verhältnis immer so bleiben soll. Leute vom Schlage Boekmann denken gar nicht daran, Sozialisten oder Demokraten zu werden. Sie leihen jetzt ihre militärischen Talente der Regierung, damit sie den Terror und die Anarchie vom Lande fernhalten kann. Ist ihnen das geglückt und ist die indifferente Armee fest in ihrer Hand, wer garantiert uns dann, daß sie dieses Instrument nun nicht den Parteien ihrer inneren Ueberzeugung, ihrer stillen Sehnsüchte zur Verfügung stellen? Daß in jenen Kreisen solche Sehnsüchte vorhanden sind, kann nicht bestritten werden. Und daß es in jenen Kreisen noch genug Männer von Mut und Charakter gibt, die das Wagnis riskieren, wenn die militärische Vorbedingung gegeben ist, steht ebenfalls fest. Würde der deutsche Sozialismus sich nicht den tollen Luxus der Selbstzerfleischung leisten, dann könnte diese Gefahr natürlich leichter auch bei einem Söldnerheer pariert werden. Ganz sicher aber kann sie nur dann beseitigt werden, wenn wir neuen Deutschen uns einen solchen Militarismus, der unerträglich und unvereinbar ist mit unserer ganzen revolutionären Erneuerung, nicht gefallen lassen. Deshalb hätten wir auch gewünscht, daß sich die Regierung und die Nationalversammlung gerade zu diesem schwerwiegenden Punkt geäußert hätten. Das Söldnerheer, das uns die Entente aufzwingen will, wird für die deutsche Demokratie und Freiheit eine Gefährdung sein, die uns höchstwahrscheinlich nach Schließung des äußeren Friedens den Unfrieden im Innern bringen wird. Unsere Friedensdelegation sollte den westlichen Demokratien auch diese Gewissensfrage vorlegen. Ob es geschehen wird, darüber wissen wir ebensowenig etwas, wie über manche andere Schicksalsfragen, die unsere Friedensdelegierten in Versailles stellen sollen. Etwas mehr Schicksalsprogramm hätte die Weimarer Versammlung unseren Friedensmännern schon mit auf den Weg geben können. Und dazu gehörte auch der feste Willensausdruck, das Söldnerheer abzulehnen.

Politische Nachrichten.

„Größte Ordnung“ in Budapest.

Die „Wiener Arbeiterzeitung“, das einzige Wiener Blatt, das eigene Berichte aus Budapest bringt, teilt mit, daß in der Stadt größte Ordnung herrsche. Plünderungen sind nicht vorgekommen. Das polizeiliche Einschreiten betraf nur nebensächliche Zwischenfälle. Die Regierung hat bisher drei Dekrete erlassen: Standrecht auf Plünderung und bewaffneten Widerstand gegen die Räteregierung, Verbot des Waffentragens für alle außer der Arbeiter-Garde, dem Militär und den Fabrikwachen. Uebertretungen werden vom Revolutionstribunal bestraft. Auf den Banken dürfen nur für die Auszahlung von Löhnen und Gehältern, sowie kleinere Beträge für den momentanen Lebensunterhalt ausgezahlt werden. Die Zeitungen sind ohne Zensur am Sonnabend Morgen, Mittag und Abend erschienen. Ueber die Zensurfragen wird ein Presse-Direktorium entscheiden, das aus Vertretern der Regierung unter Hinzuziehung der Interessenten eingesetzt wird. Sowohl in Budapest wie auch in der Provinz, wo überall die Arbeiterräte die Herrschaft übernommen haben, ist von irgend einem Widerstand des Bürgertums nicht das geringste zu spüren. Der kommunistische Führer und Volkskommissar für Aeußeres, Bela Kun, ist ein Berufsjournalist. Er war Leutnant und wurde bei der ersten Einnahme von Przemisl von den Russen gefangen. Nach Ausbruch der russischen Revolution wurde er von Kerenski zum Chef des Propaganda-Bureaus für Gefangene ernannt. Im weiteren Verlauf der Dinge arbeitete er, wie bereits mitgeteilt, für Lenin und organisierte dann die erste Kriegsgefangenen-Legion. Mit einem ebenfalls kriegsgefangenen sozialistischen ungarischen Dichter gründete er eine magyarische bolschewistische Zeitung.

Für 55 Millionen Dollar Lebensmittel sofort lieferbar.

Der Vorsitzende der britischen Kommission in Spa teilte am 23. März in einer Note mit, daß in Ausführung des Brüsseler Abkommens für 35 Millionen Dollar Nahrungsmittel aus den amerikanischen Quellen und für rund 20 Millionen Dollar aus den britischen Quellen zu sofortiger Lieferung bereit seien. Die deutsche Regierung werde um Mitteilung gebeten, wann die im Brüsseler Abkommen als Bezahlung hierfür vorgesehenen 11 Millionen Pfund Sterling Gold in Brüssel eintreffen.

Da die Ueberführung des Goldes nach Brüssel, wie der Entente bereits mitgeteilt wurde, am 28. März erfolgen wird, dürfte mit dem Beginn der Lieferung der obenerwähnten Lebensmittel in kurzer Zeit zu rechnen sein.

Die militärische Lage der Bolschewiki.

WTB. Wien, 24. März. Der Minister des Aeußern Tschitscherin richtete an den Volkskommissar für Auswärtiges in Budapest aus Moskau einen Funkspruch, worin ausführlich die gegenwärtige Lage der russischen Sowjetrepublik und ihrer Truppen sowie deren Erfolge, namentlich im Süden der Ukraine, geschildert wird. Das jetzige System der Entente, heißt es weiter, besteht darin, nicht die eigenen Soldaten gegen uns zu schicken, sondern andere ins Feuer zu treiben. Deutschland, das sich ihrem Willen fügt, bildete unter Hindenburg eine neue Armee als linken Flügel gegen uns, während die polnischen Armeen im Zentrum und die ukrainischen Poljuratruppen den rechten Flügel der Invasionsarmee bilden. Während unsere Truppen im Dongebiet und im Gebiet von Uralsk Orenburg siegreich vorrücken, nähert sich der deutsche linke Flügel Ponewitsch, die lettischen roten Truppen bedrohend, das polnische Zentrum aber bewegt sich gegen Wilna und Minsk und nahm Baranowitschi. Diese gleichzeitige Offensive ist offenbar die Ausführung eines wohlbereiteten Planes, wo hinter die Entente steckt. Unsere Lage im Westen ist daher schwierig, am schwierigsten aber die unserer lettischen und litauischen Verbündeten. Da nun die ukrainischen Sowjetstruppen sich Galizien nähern, wo es schon gährt, sind wir dadurch unseren ungarischen Verbündeten nahe, der im Rücken unserer Feinde steht. Gegen die anstürmenden Deutschen und Polen werden neue Kräfte zusammengezogen. Das Erscheinen eines Verbündeten in Mitteleuropa ist sehr wertvoll.

(Anmerkung des Wolffbureaus: Die hiesige zuständige Stelle bemerkt, daß es nicht die deutschen, sondern die Truppen der lettischen und litauischen Regierung sind, wovor die Bolschewiki zurückweichen.)

Die Frage der Nichtunterzeichnung.

(Eigener Drahtbericht des „Hamburger Echo“.)

Aus Paris wird gemeldet: Von offizieller Seite wird festgestellt, daß in englischen politischen Kreisen die Möglichkeit nicht bestritten werde, daß Deutschland zu harte Friedensbedingungen nicht unterzeichnen werde. Die Gefahr bestehe tatsächlich, daß Deutschland sich völlig passiv verhalten werde mit der Angabe, man möge mit ihm nach Belieben verfahren.

Die „Freiheit“ erklärt bereits, daß eine Nichtunterzeichnung der Friedensbedingungen ein nationalistischer Exzeß sein würde. Das „B. T.“ hofft, daß dies noch nicht die Haltung der unabhängigen Partei bedeute, da gerade die Nichtunterzeichnung eines Gewaltfriedens die Bahn frei halten würde für die Völkerversöhnung.

Ludendorf „zufällig“ dabei.

Zu der monarchistischen Demonstration in Berlin weist der „Vorwärts“ darauf hin, daß die zufällige Anwesenheit Ludendorffs auf dem Wege der Demonstranten sehr merkwürdig sei. Aus gekränkter Eitelkeit und aussichtsloser Rechthaberei fahre Ludendorff und seine Clique fort, sich an dem Lande in gewissenloser Weise zu versündigen. Den Herren könne nur geraten werden, sich nicht mausig zu machen. Der gestrige Vorgang sei um so skandalöser, als wir uns in Berlin unter dem Belagerungszustand befinden, der doch sicher nicht zu dem Zweck verhängt worden sei, um monarchistischen und militaristischen Treibereien die Straße frei zu geben.

Kleine politische Mitteilungen.

Auf dem Augsburger Parteitag der bayerischen Unabhängigen wurde ein Antrag gegen den Eintritt in die Regierung abgelehnt und eine Entschließung mit 47 gegen 28 Stimmen angenommen, die den Eintritt in die Regierung unter der Voraussetzung gutheißt, daß die Gegenwartsforderungen des bekannten bayerischen sozialistischen Aktionsprogramms die Richtlinien für die Regierung sein würden.

Gestern fand in Frankfurt a. M. eine von Tausenden aller Parteien besuchte Protestversammlung gegen die Lostrennung des Saargebiets statt. Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die die Regierung und die Nationalversammlung auffordert, eine langandauernde Besetzung ebenso wie eine offene Annexion des Saargebiets zurückzuweisen.

Einer Reutermeldung aus Kairo vom 17. März zufolge, wurden Eingeborene, die versuchten, die Bahnen und Telegraphen zu zerstören, von Flugzeugen mit Maschinengewehrfeuer bekämpft und zerstreut. In den Provinzen ist es viel ruhiger geworden, da das Militär neuerdings Maßregeln ergriffen hat, um der Lage Herr zu werden. Der Betrieb auf der Hauptbahnstrecke ist teilweise wieder aufgenommen worden.

Verfassunggebende Preußische Landesversammlung.

(Telephonischer Bericht.)

9. Sitzung.

Berlin, 24. März 1919.

Am Regierungstisch: Hirsch, Haenisch, Braun und andere.

Eingegangen ist der Notetat.

Die Beratung der förmlichen Anfragen der Deutschnationalen und Deutschdemokraten, betreffend Unteilbarkeit und Unversehrtheit des preußischen Staates, und betreffend Loslösung der Rheinlande, in Verbindung mit den dazu gestellten Anträgen wird fortgesetzt.

Dr. **Heß** (Z.): Die Frage der westdeutschen Republik ist weder eine Partei- noch eine Fraktionssache gewesen. Die betreffende Resolution ist in einer sehr großen Versammlung rheinischer Abgeordneter aller Parteien einstimmig gefaßt worden. Ist es nun gerecht, Ihre ganze zur Schau getragene Entrüstung auf das Zentrum zu übertragen? Haben nicht zahlreiche andere Teilungsprojekte in Preußen seit Monaten in der Luft gelegen und ist nicht von Batocki zuerst damit hervorgetreten? Hat nicht Reichsminister Dr. Preuß den Gedanken einer Aufteilung Preußens in die deutsche Verfassung hineinschreiben wollen? Hat nicht der Antrag Meerfeld in Weimar das verlangt, was wir im Rheinland beabsichtigt haben, und hat nicht Dr. Freund zugegeben, daß eine andere Einteilung Preußens denkbar ist? Wir haben selbstverständlich keine Lust, als stigmatisierte Hochverräter in Deutschland herumzulaufen. Haben nicht vielmehr jene Kreise eine viel innigere Berührung mit hochverräterischen Tendenzen, die durch ihre revolutionären Umtriebe das Vaterland wehrlos an den Feind ausgeliefert haben? (Unrufe links.) Die politische Schaumschlägerei vom Sonnabend läßt alle meine Erfahrungen meilenweit hinter sich. Herr Stöcker warf uns vor, wir arbeiteten der Entente in die Hände, ein Vertreter derjenigen Partei, die seit Monaten mit russischen Rubeln das deutsche Vaterland ruiniert. Einen solchen Vorwurf, gegen uns außerhalb des Hauses erhoben, würde ich eine schamlose Heuchelei genannt haben. Ich billige allerdings nicht alles, was meine Freunde in Köln getan haben, aber unsere treue deutsche Gesinnung darf nicht angetastet werden.

Unterstaatssekretär Dr. **Freund**: Der Ton der Verhandlungen ist seit Sonnabend nicht freundlicher geworden. Ich habe dazu keinen Anlaß gegeben. (Chorufe beim Zentrum.) Es ist sehr zweifelhaft, ob die Hessen-Nassauer und Westfalen in ähnlicher Weise von Preußen wegstreben, wie angeblich die Rheinländer.

Adolf Hoffmann (USP.): Die Woche fängt gut an. Heute sollte die Regierung gebildet werden durch Zentrum, Sozialdemokraten und Deutschdemokraten. Wir haben eben ein Beispiel von dieser Einigkeit gesehen. Wir sind die lachenden Vierten. Die Kapitalisten haben Geld für die schamlose Ausbeutung der westdeutschen Republik gegeben, um der Vermögensabgabe zu entgehen. (Lärm im Zentrum; Zuruf: Beweise!) Die Lostrennungsbestrebungen für eine rheinische Republich laufen ganz einfach auf den rheinischen Kirchenstaat hinaus. Deswegen wird auch die niederträchtige Hetze gegen mich ins Werk gesetzt wegen des auf Trennung von Kirche und Staat gerichteten Erlasses, obwohl ich nicht der Schuldige bin, sondern das ganze Kultusministerium. (Vizepräsident Dr. Frenzel: Herr Abgeordneter, ich nehme an, daß Ihr Vorwurf der Neidertracht nicht gegen ein Mitglied dieses Hauses gerichtet ist.) I bewahre! Wie kann ein Abgeordneter niederträchtig sein! (Heiterkeit.) Ich stelle fest, daß der angegriffene Erlaß einstimmig von sämtlichen Beiräten und beiden Ministern erlassen worden ist. Als Minister habe ich in der Trennungsfrage nach Verständigung gesucht und im besonderen an eine entgegenkommende finanzielle Regelung der Angelegenheit gedacht. Als Parteimann aber werde ich dafür eintreten, daß angesichts der ungeheuren Notlage unseres aus vielen Wunden blutenden Volkes die vielen Millionen für die Kirche gestrichen werden. (Unruhe im Zentrum.). Was Sie (zum Zentrum) im Rheinlande wollen, ist nichts anderes, als die Befestigung Ihrer Herrschaft. Man muß aber wissen, daß die ungeheuerliche Verhetzung durch Flugblätter, in denen unter anderem behauptet wird, wir wollten die Pflegerinnen aus den Lazaretten herausreißen, von einer Seite kommt, die sich christlich nennt. Sie werden dabei durch den Gedanken geleitet, daß in diesem Hause eine sozialistische Mehrheit wäre, wenn nicht der unselige Bruderzwist bestände. Ich glaube, daß die Arbeiter über die Köpfe ihrer Führer hinweg zur Einigung kommen und dann wird es ja anders aussehen. Durch die Hoffnung, daß das künftige Preußen ganz klerikal-konservativ sein werde, wird das Volk einen dicken Strich machen. Die Revolution ist nicht tot, sie ist marschbereit. Das Volk wird bis zum letzten Blutstropfen seine Freiheit, seine sozialistische Freiheit verteidigen.

v. Dannenberg (Deutsch-Hannoveraner): Für uns Deutsch-Hannoveraner besteht jetzt zwischen der alten und der neuen preußischen Regierung kein Unterschied, weder die eine noch die andere hat sich unserer angenommen. Wir haben stets dagegen protestiert, daß unser Land preußisch ist. Die neue Regierung will uns unser Recht nicht geben, darum ist sie für uns dasselbe wie die alte. Die Polen, Dänen und Elsässer verlassen den deutschen Bund und keine Interpellation ändert etwas an diesen Tatsachen. Das ist das Fazit der Bismarckschen Gewaltpolitik. Für das Selbstbestimmungsrecht Hannovers haben sich auch Deutschnationale, Volksparteiler und demokratische Führer ausgesprochen. Die deutsche Volkspartei hat sich in der Wahlagitation ganz auf unsere Seite gestellt. Bei den Mehrheitssozialisten ist der „Vorwärts“ in der gleichen Richtung mit gutem Beispiel vorangegangen. Auch Professor Vogel hat sich ihm angeschlossen. Der braunschweigische Landtag hat einstimmig erklärt, Braunschweig solle sich an ein von Preußen zu befreiendes Hannover anschließen, und auch der Präsident der deutschen Republik, Herr Ebert Allerhöchstselbst (Heiterkeit) hat am 12. Oktober 1918 ausgesprochen: Wir wollen, daß die deutschen Stämme ihr Schicksal selbst entscheiden. Die neue Regierung beginnt, die Wege der alten zu wandeln. Sie hat im Februar einen vertraulichen Erlaß ergehen lassen, der sich gegen die deutsch-hannoversche Agitation richtet, ihre Versammlungen zu verhindern sucht und ganz im Sinne der alten Reptilienzeit die Presse zu ihrer Bekämpfung heranzieht.

Ministerpräsident **Hirsch**: Der Vorredner hat den Geist der neuen Zeit noch nicht begriffen. Es muß uns gestattet werden, wie es der Regierungserlaß vorsieht, die Massen darüber aufzuklären, wie notwendig die Einigkeit Preußens ist. Wir haben keine Reptilienpresse. Wir stehen der Bildung einer deutsch-hannoverschen Republik gleichermaßen ablehnend gegenüber, wie der Lostrennung der Rheinlande. Für dynastische Interessen fehlt uns das Verständnis. Durch ein selbständiges Niedersachsen, das Preußen in zwei Stücke teilen würde, würde Preußen schwer getroffen. Wir müssen uns gegen die deutsch-hannoversche Absicht nicht nur im Interesse Preußens wehren, sondern auch um eine Stärkung unserer Feinde zu vermeiden. In diesem Augenblick haben wir zusammenzustehen und dürfen keine Sonderwünsche befriedigen. Eine Volksabstimmung würde vermutlich mit einer großen Mehrheit für das Verbleiben Hannovers bei Preußen abschließen. (Zuruf bei den Welfen: Nehmen Sie doch eine Abstimmung vor, mehr verlangen wir ja nicht.) Dazu haben wir gar keine Veranlassung. Wir sind überzeugt, daß gerade die urdeutschen Stämme der Niedersachsen und Preußen sich in einem geordneten freiheitlichen Staate wohlfühlen werden.

Stendel (DVP.): Das Zentrum hat erklären lassen, daß es sich an der einmütigen Kundgebung gegen die Lostrennung der Rheinlande nicht beteiligen will. Ich kann mir nicht denken, daß das Zentrum sich von so kleinlichen Beweggründen leiten läßt wie den, daß es sich über die Ausführungen einiger Redner geärgert habe. Das ist eine Ausrede. Das alte Hannover war ein Amts- und Adelsstaat, wie es kaum je selbst Preußen gewesen ist. Die von den Deutsch-Hannoveranern entfaltete Agitation hat einen stark metallischen Beigeschmack. Wie leicht man 500 000 Unterschriften unter eine Petition bekommen kann, wird auch Herrn v. Dannenberg nicht verborgen sein. Wir wollen nicht in die Kleinstaaterei zurückfallen. Was der „Vorwärts“ und Herr Vogel früher verlautbart haben, kann weder für die jetzige Mehrheit der sozialdemokratischen Partei noch für die jetzige Regierung verbindlich sein. Auf das Experiment einer Volksabstimmung kann in dieser Zeit politischer Hochspannung nicht eingegangen werden. Die Welfen und ihre Agitation waren schon tot, als ihnen der Kultuserlaß des Herrn Adolf Hoffmann zu neuem Leben verhalf. Dieser Erlaß hat uns sogar die sozialdemokratischen Frauen in Massen zugetrieben.

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen und nach dem Schlußwort des Abgeordneten **Runge** (SD.) zur Abstimmung geschritten. Der von sämtlichen Parteien eingebrachte Antrag Gräf, der gegen die Einverleibung rheinischer Landesteile nach Frankreich oder Belgien Einspruch erhebt und den Gedanken eines westlichen Pufferstaates zurückweist, gelangt einstimmig zur Annahme. Der zweite Antrag Gräf, der einen entschiedenen Protest insbesondere gegen die Errichtung einer westdeutschen Republik enthält, wird gegen die Stimmen des Zentrums, welches sich der Abstimmung enthält, angenommen.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr: Der Ministerpräsident über die Beratung der Staatsregierung und erste Lesung des Notetats.

Schluß nach 6½ Uhr.

Hamburger Bürgerschaft.

Erste Sitzung.

Montag, 24. März, abends 6½ Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen: 1. Konstituierung der Bürgerschaft. 2. Erlaß eines Gesetzes über die vorläufige Staatsgewalt.

Das älteste Mitglied der neuen Bürgerschaft, Frl. Helene Lange, übernimmt, nach parlamentarischem Brauch, den Vorsitz und beruft zu Schriftführern die Herren Blume und Schaper.

Darauf nimmt Frl. **Lange** das Wort zu folgender Einführung: „Die Arbeit dieser Versammlung soll dem Neubau gelten. Aus verhängnisvollster Bedrohung der äußeren Grundlagen, auf denen das stolze und blühende Leben Hamburgs beruhte, aus einer gewaltigen innerpolitischen Erschütterung heraus, die immer noch ringende Ueberzeugungen und Leidenschaften in Atem hält, sollen wir hier eine Verfassung schaffen, eine dauerhafte, feste Grundlage unseres Staatslebens, von der die überzeugende und überwindende Kraft politischer Gerechtigkeit und sozialen Geistes ausgeht.

Wir gehen auch in diesem Hause Kämpfen entgegen. Jede Partei bringt für ihre Arbeit den Bestand ihrer Ueberzeugungen mit, und die Erschütterung, in der wir leben, enthält in sich weitere Keime notwendiger Meinungsverschiedenheiten. Aber es gibt über diesen Gegensätzen Einheiten. Sie müssen wir suchen. Das ist erstens die Erhaltung des wirtschaftlichen Bodens, auf dem unsere Mitbürger aller Schichten, alle Männer, Frauen und Kinder dieses Staates leben. Wir haben die Verpflichtung, ihnen die Heimat als eine Stätte zu erhalten, die ihnen Arbeit, Entfaltung ihrer Kräfte und durch sie ein lebenswertes Dasein bietet. Unsere Wähler und Wählerinnen, welcher Partei und Klasse sie auch angehören, wollen als Hamburger am Wiederaufbau Deutschlands ihren Anteil haben. Das ist unser aller gemeinsame Verpflichtung, und ich bin überzeugt, daß hier — in der Beratung über die Lebensbedingungen dieser Stadt — eine weitgehende, vielleicht eine unbedingte Einheit der Arbeit unter uns bestehen wird.

Aber es ist noch eine andere Einheit da. Sie liegt in der demokratischen Grundlage dieser Versammlung — das Wort in seinem ursprünglichen staatsrechtlichen, nicht im parteipolitischen Sinne genommen. Wir Abgeordnete, gewählt durch ein restlos demokratisches Wahlrecht, haben die Verpflichtung, eine restlos demokratische Grundlage des neuen Staates zu schaffen. Im Widereinander der Klasseninteressen und der Einzelinteressen, das gleichwohl zur Gemeinschaft der Gesetzgebung und Verwaltung vereinigt werden soll, gibt es keinen anderen Weg, als den der unbedingten Gerechtigkeit, der demokratischen Gleichberechtigung. Sie kann allein unser leitender Gedanke sein, sonst müßte alles, was wir hier schaffen, schnell wieder zerfallen. Vorrechte, durch Gewalt gestützt oder durch Gewalt erkämpft und behauptet — es kommt im Wesen auf eines hinaus — können in dem Werk, das wir schaffen, keine Stätte haben. Oder wir liefern das Leben unseres Staates Kämpfen ohne Sinn und ohne Ende aus.

Wir bedürfen zu unserem Werk eines Doppelten: der nüchternen, unverblendeten Erfassung der Tatsachen, die dieses Volk der Wasserkante immer ausgezeichnet hat, der phrasenlosen, besonnenen Sachlichkeit des Urteils über die Verhältnisse, mit denen wir zu rechnen haben. Die Politik eines deutschen Bundesstaates, der nicht einer wie alle anderen ist, sondern das weltwirtschaftliche Ausfalltor des Reiches, ist eine hundertfach verantwortliche Aufgabe. Sie muß im Experiment doppelt vorsichtig, im Rechnen mit den Tatsachen doppelt klug und besonnen sein.

Wir bedürfen aber auch zu unserer Arbeit des Vertrauens, des Glaubens an die guten Kräfte und den guten Willen unserer Bevölkerung, des Glaubens daran, daß Besseres als das Vergangene zu schaffen möglich ist, daß aus den Trümmern eine neue Ordnung der Dinge erstehen kann, unter deren Geltung die Menschen sich in Arbeit und Erholung wohlfühlen.

Möchte die Versammlung von dieser Nüchternheit den Tatsachen gegenüber und von diesem Glauben an die guten Kräfte erfüllt und geleitet sein.

Wir Frauen — ich begrüße die Kolleginnen, die mit mir hier zum erstenmal an der Entscheidung über ihre Heimat teilnehmen sollen — wir Frauen bringen diesen Glauben und diesen Optimismus mit. Sonst wären wir nicht hier. Wer ein Leben lang für Ziele gekämpft hat, die bis zu allerletzt in unerreichbarer Zukunft zu liegen schienen, der bringt aus diesen Kämpfen die Zuversicht mit zu dem, was man noch nicht sieht. Diese